

Wozel 1/1000  
in Stadt, Ort  
und Nachbarort  
verkauf 100, 200,  
300, 400, 500, 600,  
700, 800, 900, 1000  
Stückzahl. Die  
Wohnzimmer des  
Verkaufers 100.  
Verkaufswert  
1000, mit Aus  
nahme der Sonn  
- und Festtage. 2

Gründet 1877.



Die 1000tägige Zeit  
oder deren Raum  
20 Pfennig. Die  
Reklamespaltel oder  
deren Raum 40  
Pfennig. 2 Bei  
Wiederholungen  
unveränderter An  
zeigen entsprechende  
Rabatt. Bei  
geringeren Ein  
stellungen nach Kon  
sultation mit dem  
Rabatt Amtliche

Verlagspreis 11.

# Schwarzwälder Tageszeitung. für die D.-A.-Bezirke Nagold, Freudenstadt und Calw

№. 251      Druck und Verlag in Altenfeld.      Dienstag, den 28. Oktober.      Amtsblatt für Wälder, Freudenstadt und Calw.      1919.

## Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 24. Okt.

Die Nationalversammlung beschäftigt der Haushalt des auswärtigen Amtes; man kann sagen: das Schmerzenskind Germanias. In der nachbismarckischen Zeit hat nichts so sehr unter der Unfertigkeit des neuen Rufes notgelitten, wie eben das auswärtige Amt, und nirgends wäre Festigkeit und Zielsicherheit nötiger gewesen, als hier. Dazu kam, daß fast die ganze Zeit hindurch mit einem erschütterlichen Mißgeschick in so vielen Fällen auf die wichtigsten Posten gerade die ungeeignetsten Männer gesetzt wurden. Das ganze Riesenkapital von Achtung, Ansehen und Einfluß, das die klare und ehrliche Politik Bismarcks dem Reich aufgeschichtet hatte, war bis zum Ausbruch des Krieges in politischer Hinsicht fast bis zum letzten Rest verfallen, und wenn Deutschland noch etwas galt in der Welt, so hatte es dies dem Ruhm seiner Wehrmacht und seiner wirtschaftlichen Tätigkeit zu danken. War es doch so weit gekommen, daß der deutschen Regierung selbst innerhalb des Dreibundes die Führung vollständig entglitten war, wodurch die Zerfahrenheit entstand, die schließlich auch den Ausbruch des Weltkrieges nicht mehr verhindern konnte. Im Kriege selbst hat ja dann diese Berliner Diplomatie vollends ganz versagt. Es war der Zusammenbruch eines Systems der Schwäche und Planlosigkeit, das zu meißern der englischen Schule ein Kinderspiel war. Nun liegt es in Scherben. Was soll man mit ihm anfangen? Reichsminister Müller vertrat gestern in der Nationalversammlung den Standpunkt der Regierung, daß man die Scherben nicht wieder zusammensetzen dürfe; ein neues Gefäß mit neuem Inhalt soll geschaffen werden. Die Reformpläne, die zunächst hauptächlich theoretischer und technischer Art sind und sein können, solange Deutschland noch nicht wiederhergestellt und uneingeschränkt eigene Politik nach außen treiben kann, fanden in wesentlichen die überwiegende Zustimmung der Parteien. Ueber die materielle Politik, soweit sie in Frage kommen kann, gab es natürlich Meinungsverschiedenheiten. Darin aber waren alle Redner und der Minister einig, daß, wie der Abg. Heine (D.V.): heute ausführte, Deutschland eine geachtete Stellung in der Welt nur wieder gewinnen könne, wenn es durch fleißige Arbeit das Vertrauen des Auslandes erwerbe. Leitender Gesichtspunkt der deutschen Politik müsse es sein, das Ausland von der Notwendigkeit zu überzeugen, daß der Friedensvertrag abgeändert werden müsse. Das Doch im Westen müsse schnell geschlossen werden. Auch Abg. Kaufmann (D.V.) fordert, wie Heine, daß die deutsche Außenpolitik sich zunächst vor allem der im Ausland lebenden Deutschen annehme, die in hervorragendem Maße berufen seien, am Wiederaufbau Deutschlands mitzuwirken. Niemals werden wir die 6 Millionen der österreichischen Volksgenossen vergessen; die Wiedervereinigung müsse kommen. Kaufmann bedauerte, daß der dritte Band von Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen“, die ja jetzt auf Weihnachten erscheinen sollen, so lange dem deutschen Volk vorenthalten worden sei; vielleicht wäre manches anders gekommen, wenn die in dem Band niedergelegten Lehren und Erfahrungen hätten fruchtbar gemacht werden können. Dies gab dem Abg. Schäpe-Bromberg (D.nstl. Vp.) Veranlassung zu dem Ausdruck des Bedauerns, daß dem ersten Reichskanzler seinerzeit so viele Schwierigkeiten gemacht worden seien. Jene Zeiten sind vorüber und manches wird heute anders betrachtet, als damals. Es scheint sich das prophetische Wort Bismarcks zu erfüllen: Es wird die Zeit kommen, da man sich mit Fingernägeln aus dem Grabe holen möchte. — Auch Kaufmann hat einst zu den Gegnern der Bismarckschen Politik gehört; ein ehrenreifes Zeugnis konnte er für sich selbst nicht ausstellen, als durch die ehrliche und freimütige Anerkennung, daß der Alte aus dem Sachverhalt das Beste des Reichs gewollt habe, mochten auch, je nach dem Parteistandpunkt, über die Mittel die Meinungen auseinandergehen. Mit Genugtuung stellte Kaufmann fest, daß die feindliche Politik im deutschen Gebiet gerade das Gegenteil erreichte, was sie bezweckte. Die Quälereien der Bevölkerung setzten sie nur in ihrer Treue zum Reich.

Dänemark mit Zustimmung der internationalen Kommission das Recht zur Befragung hätte, daß aber Deutschland die Verantwortung für die bösen Folgen einer solchen Befragung ablehnen müsse.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Beratung des Haushalts: Auswärtiges Amt.

Abg. Dr. Heine (D.V.): Wir können kein Programm für unsere auswärtige Politik aufstellen; dazu ist unsere Lage zu unsicher. Der Friedensvertrag muß revidiert und unsere auswärtigen Gesandtschaften müssen baldigst besetzt werden. Wir können im Völkerbund nur mitarbeiten, wenn Deutschland die ihm gebührende Stellung erhält. Die Beziehungen zum Ausland können wir am besten durch unsere Auslandsdeutschen wieder anschnüpfen. Wegen die Ueberflutung mit Luxuswaren aus dem Westen sollte die Selbsthilfe des deutschen Volks eintreten. Der Erfolg der Untersuchungskommission wird ausbleiben, solange nicht die Affäre des Auslands uns zugänglich gemacht werden.

Abg. Kaufmann (D.V.): Ein stetiger einheitlicher Wille tut not für unsere Außenpolitik. Der Etat des auswärtigen Amtes hätte nicht dem Austausch sondern dem auswärtigen Anschluß übergeben werden sollen. Bayern und demgemäß auch Preußen sollten zu Gunsten des Reichs auf ihre Sondergebühren beim Vatikan verzichten. Die Entsendung von Dr. August Müller nach Washington würden wir begrüßen. Deutschland darf sich an der Blockade gegen Rußland nicht beteiligen. Wir sollten die uns bekannten Gerücht der Entente sammeln und auch benutzen. Daß der Friede noch nicht ratifiziert ist, ist ein Zeichen für die Unfähigkeit der Entente diplomatie. In der Wahl werden die französischen Schulmeister den Weg zu den Herzen der Kinder und Eltern nicht finden. Es ist eine wahnwitzige Politik, 2 1/2 Milliarden Wert für die Offiziere der Ueberwachungsgruppen und aufrechnen zu wollen. Den Deutsch-Oesterreichern bleibe unsere Sympathie. Kaiser Wilhelm war ein großer Akzent. Er hat die Ursache gegeben dafür, daß Deutschland immer unruher blieb in seiner Politik, schwankend zwischen England und Rußland, schwankend zwischen Kriegsbrohungen und Friedenswünschen. Deutschland will und muß sich seinen Pflug wieder erobern, aber nicht in einem Weltkrieg; denn allein kann es diesen nicht führen und Bundesgenossen hat es nicht, sondern mit wirtschaftlicher Tüchtigkeit und darauf ist unsere auswärtige Politik einzustellen.

Abg. Dr. Cohn (U.S.V.): Wenn es vielleicht richtig gewesen sein könnte, sich vor 11 Monaten gegen Sowjetrußland zu verriegeln, so jedenfalls jetzt nicht mehr. Deutschland hat sich schon damals von der kapitalistischen Entente mißbrauchen lassen.

Abg. Scheidemann (S.) stellt fest, daß die Vollsbeauftragten seinerzeit auf Rücksprache mit Rautsch beschlossen haben, eine Annäherung und Beziehung mit Rußland abzulehnen. Auch wir Sozialdemokraten wünschen mit dem russischen Volk in Frieden zu leben.

Minister Müller: Die Dinge in Rußland sind so verworren, daß eine klare Politik mit Rußland gar nicht möglich ist, solange ich nicht die Garantien dafür habe, daß die Sowjetregierung sich nicht in die inneren Verhältnisse einmischt, werden wir nicht zu ihr in Beziehungen treten. Die wehrlose Regierung haben wir nicht anerkannt. Wir wünschen sehr, die russischen Kriegsgefangenen los zu werden; aber das ist nicht so leicht. Die Entente hat besondere Kommissionen dafür eingesetzt. Wegen der militärischen Kommissionen haben wir schon verschiedene Male, aber bis jetzt ohne Erfolg Vorstellungen erhoben.

Im Betriebsratsauschuß wurde folgender Regierungsvorschlag angenommen: „Die Mitglieder des Betriebsrats werden in geheimer Wahl nach den Grundsätzen der Verhältniswahl auf die Dauer von zwei Jahren gewählt.“ — Art. 30, der bestimmt, daß durch Beschluß einer Mitgliedsversammlung durch eine Betriebsversammlung der Betriebsrat zurückerneuert wird, wurde durch Mehrheitsbeschluß gestrichen.

Berlin, 25. Okt.

Reichseisenbahnamt.  
Minister Dr. Bell: Die wichtigste Aufgabe des Reichsverkehrsministeriums auf dem Gebiet des Eisenbahnwesens ist die Ueberleitung der Staatsbahnen auf das Reich. Bei der Besetzung des Ministeriums ist auf die beteiligten Länder weitestgehende Rücksicht genommen worden. Die Techniker werden entsprechende Berücksichtigung finden. Auch Nichtakademiker aus dem praktischen Dienst sollen in leitende Stellen befördert werden.

Berhandlungen zur Bildung einer Vertretung der Organisationen des gesamten deutschen Eisenbahnpersonals im Reichsverkehrsministerium werden aufgenommen. Die Sitzung soll im März stattfinden. Dringend reformbedürftig ist besonders das Verhältnissewesen. Der Geist der Unzufriedenheit und Unruhe, der heute im Personal herrscht, werde einer ruhigeren Stimmung weichen. Auf dem Gebiete der Tarifpolitik bezeichnet der Minister die Aussichten als recht trübe. Unter Umständen werden die Eisenbahntarife weiter erhöht. Eine wesentliche Aufgabe wird sein, eine einheitliche Wasserstraßenpolitik durchzuführen. Ein Geisentour über das Reichsgebiet ist in Vorbereitung. Für das Kraftfahrwesen soll in Zukunft lediglich die Verwaltung der für fiskalische Zwecke einschließlich gewordenen Kraftwagen der Zuständigkeit der Verwaltungsabteilungen des Reichsverkehrsministeriums verbleiben, während das Reichsverkehrsministerium für die Bearbeitung sämtlicher übrigen Aufgabengebiete zuständig sein soll. Wir müssen zu einheitlichen Richtlinien für die Konstruktionsfrage, Beschaffung, Abnahme und Unterhaltung für die verschiedenen Kraftwagen kommen. Zur Verherrlichung bemerkt der Minister, daß dieses Problem vor allem einen hochpolitischen Charakter habe. Wesentliche es nicht, in kürzester Zeit der weiteren Steigerung der Verkehrsnot einen Riegel vorzuschieben, so haben wir bestimmt mit dem Zusammenbruch unseres Wirtschaftslebens und der Verjüngung des deutschen Volks mit den notwendigen Bedarfsartikeln zu rechnen.

Abg. Kopyur (Soz.): Die Eisenbahn befindet sich in einem trostlosen Zustand. Im Westen zeigt sich eine große Korruption im Eisenbahnwesen. Ganzezüge werden verschoben. Zwangsmassnahmen heben die Arbeitslosigkeit nicht, wohl aber anständige Bezahlung, Demokratisierung und Mitbestimmungsrecht.

Abg. Schirmer (Ztr.): Zur Hebung des Verkehrs wesens sollen, wie in England, die Luxusautos herangezogen werden. Warum wird nicht zugunsten der Zufuhr von Lebensmitteln und Kohlen einmal für 8 Tage jeder Personenverkehr eingestellt?

Minister Dr. Bell: Die aus Elsaß-Lothringen vertriebenen Angestellten, Beamten und Arbeiter und deren Familien werden nicht vergessen werden. Der Fonds für Unterhaltungen ist auf 60 Millionen erhöht worden. Im Verhältnissewesen liegt der Hauptgrund für unsere Verkehrsnot. Die Heranziehung aller Verkehrsmittel wird vor den Luxuswagen nicht halt machen.

Abg. Dr. Josephel (D.V.): Jede Programmrede eines Ministers ist schön, aber weniger Grundzüge, d. h. weniger Gerippe und mehr Fleisch, wäre uns lieber. Das Personal muß sich seiner Pflichten bewußt sein. Wo dieses Bewußtsein fehlt, muß energisch eingegriffen werden. Da könnte heute viel mehr geschehen. Wenn die entscheidenden Stellen Entschlußkraft zeigen, wird der Arbeitswille bei der Mehrheit der Arbeiter und Angestellten ganz wesentlich gestärkt werden. Aber mehr Geld und weniger Arbeit, das können wir auf die Dauer nicht ertragen. Wir alle haben die Verkehrseinheit als einen bedeutenden Fortschritt ersehnt.

Abg. Deglerl (D. Nat.): Die Uebernahme der Eisenbahnen durch das Reich ist schon Bismarcks Idee gewesen. Jetzt in dieser schlimmen Zeit soll sie Gestalt erhalten. Nach den großartigen Leistungen der Eisenbahnen im Krieg ist es schmerzhaft zu sehen, wie die zerfallenden Einflüsse der Revolution auch die Arbeiterchaft und die Beamtenschaft ergriffen haben. Die Eisenbahner müssen sich selbst davon befreien. Dem Verkehrsministerium fehlt jede Kraft, sich Weitung zu verschaffen. An seiner Spitze steht ein Nichtschmann. Er steht vor einer vollkommen neuen Aufgabe in schwerster Zeit. Wir zweifeln nicht an seinem guten Willen; aber wir haben keine Zeit zu solchen Experimenten. Die Einigkeit zwischen Preußen und dem Reich in Eisenbahnfragen scheint nicht allzu groß zu sein. — Redner empfiehlt dann einen Antrag Arnstadt auf Ersetzung eines parlamentarischen Beirats bei dem Ministerium.

Minister Dr. Bell: Die Vorarbeiten für den Kanal von Hannover bis Magdeburg sind abgeschlossen.

Abg. Bod (U.S.): Die Streiks sind eine Folge der unwürdigen Behandlung der Arbeiter. Die schlechten Leistungen der Werkstätten beruhen auch auf dem Mangel an Material, an Werkzeugen und Maschinen. Der Rest des Etats wird angenommen.

Der Geisentour über die große Vermögensabgabe (Reichsnotopfer) wurde im Steuerausschuß in 2. Lesung mit 17 gegen 4 Stimmen der Deutsch-nationalen und der Deutschen Volkspartei angenommen.

Die Nationalversammlung wird sich voraussichtlich am Donnerstag bis zum 28. November vertagen.



Auf seinem Gut Harnetop bei Briezen (Brandenburg), im Oberbruch, ist Generalfeldmarschall von Häfeler im Alter von nahezu 84 Jahren an einem Herzschlag plötzlich gestorben. Graf Gottlieb von Häfeler war am 19. Januar 1836 auf dem väterlichen Gut Harnetop geboren. Er trat 1853 als Leutnant in das Pietenische Husarenregiment ein, kam bald in den Generalstab und machte die Feldzüge von 1864, 1866 und 1870/71 mit. 1889 wurde er zum Oberquartiermeister im Großen Generalstab und 1890 zum kommandierenden General des 16. Armeekorps (Mag.) ernannt, das er durch strenge Mannszucht und Schlagfertigkeit zu vorbildlicher Höhe erhob. Die unbedingte Rechtmäßigkeit, die äußerste Einsetzung der eigenen Person in den Dienst verschaffte dem General trotz aller Strenge eine beispiellose Verehrung bei seinen Truppen. Mit der Verleihung des Ranges eines Generalfeldmarschalls wurde Graf Häfeler 1903 zur Disposition gestellt. Im Weltkrieg stellte er sich trotz des Alters von über 78 Jahren noch einmal zur Verfügung. Er führte kein Kommando mehr, aber oft sah man den greisen Feldmarschall in den vordersten Linien und in den Schützengräben der fünften Armee. Wie weit er durch seinen Rat als Generalstab an den Arbeiten der Heeresleitung mitgewirkt hat, ist in weiteren Kreisen nicht bekannt, aber daß sein Erscheinen unter den Truppen draußen mächtig anfeuernd wirkte, ist eine tausendfach bestätigte Tatsache. Häfeler war Soldat und nur Soldat. Für ihn gab es nur eines: die Pflicht. Und wie er für sich selbst die Pflichterfüllung über alles stellte, so verlangte er es auch von seinen Untergebenen. Graf Häfeler hinterläßt keine Nachkommen, er ließ ungenutzt.

Neues vom Tage.

204 Milliarden Reichsschulden.

Berlin, 27. Okt. Im Reichsrat wurde die Ergänzung des Reichshaushalts für 1919 beraten. Nach dem Entwurf haben sich die Reichsschulden im laufenden Jahr um 40,9 Milliarden Mark vermehrt. An schwebender Schuld sind bis jetzt 82 Milliarden Schatzanweisungen im Umlauf, sodas sich die gesamte Schuld auf 172 Milliarden beläuft; am 1. April werden sie 204 Milliarden betragen (vor dem Kriege 4,9 Milliarden). Für außerordentliche Zwecke sind im Haushalt 31 Milliarden vorgesehen, darunter 17 Milliarden zur Erfüllung von Bedingungen des Friedensvertrags.

Die preußischen Finanzen.

Berlin, 27. Okt. Der preußische Staatshaushalt weist in dem Halbjahr von April bis Oktober einen Fehlbetrag von 2 1/2 Milliarden auf.

Bernstorff über die auswärtige Politik.

Magdeburg, 27. Okt. Der frühere Vorkämpfer Bernstorff hat bekanntlich den Adelstitel abgelegt. D. Schr. sagte in einer hiesigen Versammlung, Deutschland müsse die wirtschaftlichen Beziehungen zu allen Staaten wieder aufnehmen, die Beschaffung von Rohstoffen ohne ausländischen Kredit sei unmöglich. Wir müßten erfahren, was die Feinde unter den Wiedergutmachungsforderungen verstehen. Der Friedensvertrag müsse abgeändert werden. Wenn Wilsons Haltung auch noch so sehr enttäuscht haben möge, am Völkerbund müsse Deutschland sich doch beteiligen. Es sei gut, daß die Arbeitskonferenz in Washington beschickt werde.

Arbeitsleistung in den Betriebswerkstätten.

Berlin, 27. Okt. Da die Arbeitsleistung im Monat September abermals gesunken ist, hat der preuß. Eisenbahnminister eine nochmalige Abstimmung in den Betriebswerkstätten über die Wiedereinführung der Arbeitsarbeit angeordnet.

Militäraufgebot gegen die Schieber.

Riel, 27. Okt. Aus Hensburg wird berichtet: Um den Vieh- und Wirtschiedungen nach den Abstimmungsgebieten bzw. nach Dänemark ein Ende zu machen, werden zwei Schwadronen der Schleswiger Husaren an der Nordgrenze der zweiten Zone aufgestellt.

Erzbischof Faulhaber gegen den Steuerzoll.

München, 27. Okt. Auf dem Münchener Katholikentag, an dem auch der päpstliche Nuntius Parelli teilnahm, hielt Erzbischof Faulhaber einen mit stürmischem Beifall aufgenommenen Vortrag über die Religion und die Kirche im öffentlichen Leben. Der Redner wandte sich unter wiederholter Zustimmung der Versammelten gegen das derzeitige Bestreben, den Einfluß von Kirche und Religion aus dem öffentlichen Leben auszuschalten und betonte, daß mit der Ausschaltung der Religion jede Staatsautorität verloren gehen müsse. Der Erzbischof erklärte u. a. auch, daß jeder Gottesgläubige das Recht habe, den Steuerzoll zu verweigern, da die Gottesgläubigen durch den Eid bis auf den letzten Pfennig gesagt und versteuert würden, während die Freireligiösen nicht in Gefahr kämen, wegen Meineids gefaßt zu werden.

Das Urteil im Gejellenmordprozess.

München, 27. Okt. Die Reichswehrsoldaten Müller und Kalowsky wurden wegen Totschlags zur Zuchthausstrafe von 14 Jahren, der Soldat Grabaich zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt. Kreiner wurde freigesprochen.

Aus dem besetzten Gebiet.

Berlin, 27. Okt. Die französische Regierung hat die deutsche Regierung um Auslieferung über die „Verschwörung der Neutralen“ im Elsaß ersucht. Es wird behauptet, daß einer der Verhafteten, der Ingenieur Köpfer in ständigem telegraphischem Verkehr mit dem im Berliner Auswärtigen Amt angestellten Herrn Grunelius gestanden habe.

Näunung des Baltenslands.

Berlin, 25. Okt. Die ersten aus dem Baltensland zurückkehrenden deutschen Truppen, 8000 Mann, haben am Freitag die Grenze überschritten.

Russische Werber in Berlin.

Berlin, 25. Okt. Wie die „Pol. Parl. Nachr.“ erfahren, ist seitens des Reichswehrministeriums eine scharfe Untersuchung über das Treiben der Agenten der russischen Armee in Berlin eingeleitet worden.

Nach dem „Vorwärts“ wird noch immer versucht, den Wehrkräften und den zu ihnen übertretenen Deutschen Kriegsbedarf aus Deutschland zuzuführen.

Bernstorff getäuscht.

London, 27. Okt. Die Untersuchungen der deutschen Ausschüsse zur Prüfung der Verantwortlichkeit haben in England großes Interesse erweckt. Englische Diplomaten behaupten, daß man in Deutschland einen ganz verkehrten Eindruck von der Macht Wilsons im Jahr 1916 und 1917 in bezug auf die Verbündeten habe. Das Vertrauen des Grafen Bernstorff in Wilson und Oberst House bezeichnet ein bekannter englischer Diplomat als „Sentimentalität“, denn Wilson habe weder Auftrag noch Zustimmung von einer Verbandsmacht gehabt, um wirklich mit Deutschland über die Möglichkeit eines Friedens zu unterhandeln. Wenn Wilsons Auserkennungen Graf Bernstorff Veranlassung zu der Annahme gaben, daß hinter Wilson eine stärkere Gruppe der Verbündeten stände, so habe er sich eben getäuscht. Oberst House, der damals nach Europa und nach Deutschland reiste, um sich über die tatsächlichen politischen Verhältnisse zu unterrichten, habe in London und Paris den klaren Eindruck erhalten, daß der Verband nicht geneigt war, auf etwaige Vorschläge Deutschlands einzugehen, um mit Hilfe Amerikas über Wilson zum Frieden zu kommen. Diese Auffassung hat Oberst House seinen Freunden in London mitgeteilt und erwähnt, daß Wilson es unter diesen Umständen nicht wagen würde, den Verbündeten Vorschläge zu unterbreiten. Im November 1916 stand bereits fest, daß Amerika sich im März 1917 im Krieg befinden werde. Die Enthaltungen, die man jetzt in Deutschland erwartet, könnten daher auf Irrwege führen, wenn sich nicht Oberst House oder englische Diplomaten darüber äußern.

Der Krieg im Osten.

Kopenhagen, 25. Okt. Nachrichten sind eingetroffen, denen zufolge die Engländer und die „weißen“ russischen Truppen im Murmangebiet eine schwere Niederlage erlitten haben. Während die englisch-russischen Truppen Petrograd angriffen, transportierte die bolschewistische Flotte Truppen vom Südrussland nach dem nördlichen Teil, wo sie in einer schmalen Bucht hinter dem Rücken gelandet wurden. Von hier rückten sie nach Süden vor. Die Engländer mußten sich schleunigst zurückziehen. Es gelang ihnen, zu entkommen.

London, 27. Okt. (Havas.)

Nach Blättermeldungen ist der Generalstab der Roten Armee in Jorolozs-Selo gefangen genommen worden. Trotski entkam in einem Automobil. — Amerika wird das Heer des Generals Judenitsch mit Lebensmitteln versorgen. Der Angriff gegen Petersburg ist zum Stehen gekommen.

Noch eine Klausel.

Washington, 27. Okt. Im Senat wurde ein Zusatzantrag zum Friedensvertrag eingebracht, daß die amerikanischen Mitglieder in der Versammlung und im Rat des Völkerbunds vom Kongreß (Repräsentantenhaus und Senat) bestimmt werden.

Der Streik in Amerika.

Washington, 27. Okt. Die Bergarbeiter lehnten den Schiedsspruch Wilsons ab, obgleich er von den Arbeitgebern angenommen war. Der allgemeine Streik, bei dem 2 Millionen Arbeiter in Frage kämen, scheint unvermeidlich. (Die Arbeiter verlangen die Verstaatlichung oder die Sozialisierung der Bergwerke, die Errichtung und Anerkennung der Gewerkschaften mit dem Recht der Ausschluss der Lohn-Tarifverträge, der Festsetzung der Arbeitsbedingungen usw. Während des Kriegs waren diese Forderungen teilweise und bis zu einem gewissen Maße vom Kriegsarbeitsamt eingeführt worden, um die Erzeugung keinen Störungen auszuweichen. Mit dem Waffenstillstand wurden die Bestimmungen, die das Kapital als drückend empfunden hatte, wieder beseitigt oder es wurde gegen die Befestigung wenigstens von seiten der Regierung keine Schwierigkeiten gemacht. D. Schr.)

Washington, 27. Okt. Wilson hat eine vom Kabinett gutgeheißene Erklärung veröffentlicht, in der der beabsichtigte Streik der Brauereiarbeiter für ungesetzlich erklärt wird und die Beamten aufgefordert werden, die Streikaktionen zurückzuführen, widrigenfalls Mittel gefunden werden würden, um die Nation zu schützen. Das Kabinett beschloß die Einberufung einer neuen industriellen Konferenz, um Beziehungen zur Herstellung des Friedens in der Industrie herbeizuführen zu können.

Rom, 27. Okt. In Italien wird der Kampf in Amerika mit Beforgnis betrachtet, da im Falle des Kohlenarbeiterstreiks die Kohlenversorgung für Italien wegfallen würde.

Die Heereskosten.

Berlin, 27. Okt. Nach den Mitteilungen im Reichsrat werden sich die Kosten der neuen Reichswehr von 100 000 Mann auf 1100 Millionen Mark jährlich (vor dem Krieg 980 Mill.) stellen. Das Heer besteht künftig aus 63 Bataillonen (vor dem Krieg 600), 7 Bionier-Batt. (44), 79 Schwadronen (550). Die schwere Artillerie wird beschwunden. Die leichte Artillerie wird 288 Geschütze zählen.

Landesnachrichten.

Montag, 28. Oktober 1918

Versorgung des Handwerks mit Kugholz. Der demokr. Abgeordnete Henne-Lüdingen hat gemeinsam mit dem Abgeordneten Schuler (Z) die folgenden Anträge eingebracht: 1.) Der Landtag wolle beschließen, die Staatsregierung zu ersuchen, den Bedarf des Handwerks an Kugholz frühzeitig feststellen zu lassen. 2.) Dem Handwerk das erforderliche Holz aus den Staatswaldungen zu einem zu vereinbarenden angemessenen Preise aus den Winterholzschnitten im nächsten Jahre obzugeben.

Zeitweilige Einstellung des Personenverkehrs? Das bayerische Ministerium hat bei der Reichsregierung beantragt, den gesamten Personenverkehr der Eisenbahnen auf 10 bis 14 Tage einzustellen, um den Zugverkehr ausschließlich für die Beförderung der Kohle und Lebensmittel auszunutzen. Nach amtlicher Mitteilung sind Vorbereitungen für die Einstellung bereits getroffen. In Oberschlesien und Ostpreußen wurde sie auch schon durchgeführt, man hat aber dort recht schlechte Erfahrungen gemacht. Dabei wird erwogen, die vom Kohlengebiet nach Süddeutschland führenden Eisenbahnlinien freizumachen — die Kohlennot in Süddeutschland soll eine Folge des niedrigen Wasserstands der Flüsse sein — und man hofft, auf diese Weise die Einstellung des Personenverkehrs vermeiden zu können.

Falsche Banknoten. Beim Hauptpostamt Stuttgart ist eine falsche Reichsbanknote zu 1000 Mark angehalten worden. Das Papier der Fälschung ist bedeutend schlechter und brüchiger als bei den echten Noten, auch ist der Druck vielfach verschwommen.

Nachdem die amtlichen Nachweisungen wurden 1914 insgesamt 5 1/2 Millionen Mark für notleidende Kriegshinterbliebene verausgabt. 1917 stieg die Summe auf 363 1/2 Millionen Mark. Die Ausgaben für 1918 und 1919 werden natürlich noch erheblich höher sein. Die Nationalversammlung hat 1917 an Unterstützungen 6,9 und 1918 im ganzen 10 Millionen Mark ausgegeben. Entsprechend dem am 21. August 1919 gefassten Beschluß der Nationalversammlung ist ein Betrag von 100 Millionen Mark angelegt worden, der zur Gewährung von Beihilfen an bedürftige Hinterbliebene verwendet werden soll. Die Verteilung dieser Beihilfen soll den amtlichen Fürsorgestellen übertragen werden. Die Maßnahmen sollen namentlich dazu dienen, die für den Winter zu erwartenden besonderen Notstände zu lindern; insfolgedessen können die Beihilfen für die Zeit vom 1. Oktober 1919 bis 31. März 1920 bewilligt werden. Es wird voraussichtlich möglich sein, die Beihilfen spätestens in der zweiten Hälfte des November zu zahlen, und zwar rückwirkend für Oktober und November zusammen.

Polizeidungen an Kriegsgefangene. Nach Mitteilung der britischen Behörde bleibt eine Anzahl deutscher Gefangener auch jetzt noch bei dem britischen Heer in Frankreich zurück und ist in Gefangenenskompagnien zusammengestellt, die Nummern von 701 an aufwärts erhalten haben. Sendungen an Gefangene bei diesen Kompagnien werden nach wie vor zur Postbeförderung angenommen. Tägliche Sendungen an Gefangene in englischer Hand auf festländischem Boden wenn die Ordnungskompagnie 700 oder darunter ist, unzulässig, weil die Gefangenen dieser Kompagnien heimbeordert werden.

Mit einem Mitte November von Kopenhagen abgehenden Dampfer der Ostasiatischen Kompagnie können gebührenfrei Kriegsgefangenenpakete an deutsche Gefangene in Sibirien auf dem Weg über Schanghai abgefaßt werden. Die Pakete sind in gewöhnlicher Weise zur Post zu geben, in der Aufschrift jedoch mit dem Zusatz zu versehen „über Kopenhagen mit Dampfer der Ostasiatischen Kompagnie“.

Gegen Wucher und Schiebertum. Von zureichender Seite wird uns geschrieben: In jüngster Zeit ist an die würt. Regierung die Forderung gestellt worden, gegen die Schleichhändler und Lebensmittelwucherer eine Sonderjustiz, insbesondere Standgerichte, einzuführen. Die Erfüllung solcher Wünsche ist unmöglich, da sie nur im Wege der Reichsregierung durchführbar sind. Die würt. Regierung hat sich aber mit dringenden Vorstellungen an die Reichsregierung gewendet, um entsprechende gesetzgeberische Maßnahmen gegen Schiebertum und Schleichhandel zu erlangen; namentlich hat sie eine Verschärfung der Strafbestimmungen im Auge, dergestalt, daß gegen Schieber und Schleichhändler in erster Linie auf Zuchthausstrafe zu erkennen ist. Die Regierung wird auf den Gebieten, die ihrer Zuständigkeit unterliegen, unverzüglich kräftigste Maßnahmen zur Belämpfung der genannten Uebel ergreifen.

Erhöhung des Zuderpreises. Mit Rücksicht auf die höheren Rabenpreise und die Versteigerungskosten ist der Preis für Rohzucker auf 53 Mk. für Verbrauchszucker auf 75,30 Mk. für den Zentner festgesetzt worden. Der Rabenpreis beträgt 4 Mark. Der Großhandelszuschlag wurde gemäß den höheren Frachtkosten und sonstigen Versteigerungen auf 3,70 Mark bestimmt. Falls die Erhöhung der Zudersteuer und die Umsatzsteuer von der Nationalversammlung angenommen wird, muß eine entsprechende weitere Erhöhung des Zuderpreises stattfinden. Die Zwangsbevirtschaftung der zuderhaltigen Futtermittel wird aufgehoben; die Melasse kann im bisherigen Umfang von den Zuderfabriken an die Rabenlieferanten zurückgegeben werden, sie bleibt aber im übrigen für wichtige Zwecke in öffentlicher Bewirtschaftung. Die Frage, ob die Zwangsbevirtschaftung des Zuders im Herbst 1920 aufgehoben werden soll, ist noch nicht entschieden.

Preissturz in der Z. w. z. Infolge Futtermangels und Rückgangs des Viehwirtschafts sind die



Preise für Schlachttiere in der Schweiz um 25 bis 40 % gefallen, für Ferkel um 55 %. Haber ist um 6,5 %, Weizen um 6,7 % billiger geworden, Roggen um 7,2 %, Kaffeebohnen um 83 %. Der Preisrückgang beträgt ferner bei Obstwein 58, Gemüse bis zu 70, Kartoffeln 36, Nutzholz 29, Eier 13, Rotwein 10-20, Weißwein 20-30 %. Nur Milch, Butter und Käse sind nicht billiger geworden. Teilweise waren die Preise in der Schweiz höher als in Deutschland.

**Waldorf, 28. Okt.** (Willkommen in der Heimat!) Nach fast 3-jähriger engl. Kriegsgefangenschaft ist in die Heimat zurückgekehrt: Paul Kiefer, Sohn des Paul Kiefer, Hagers hier.

**Nagold, 27. Okt.** (Blaukreuz-Konferenz.) Im ev. Vereinshaus hier fand gestern eine Blaukreuz-Konferenz des Bezirks Nagold statt, die von hier und auswärts gut besucht war. Redner waren hauptsächlich die Herren Landessekretär Molitor und Diakon Ewald Karlsböbe.

**Neuenbürg, 28. Okt.** (Ehrung.) Der nach 24-jähriger gegenwärtiger Tätigkeit in den Ruhestand tretende und nach Gollhof überföhrte Dekan H. H. wurde von der bürgerl. Gemeinde dahier geehrt, daß er zum Ehrenbürger der Stadt Neuenbürg ernannt wurde. Die Kirchengemeinde stiftete dem Scheidenden ein Delgewölbe, die hiesige Stadt dankbar.

**Horb, 26. Okt.** (Ausnützung der Wasserkraft.) Gestern fand hier, wie das Schwarzwälder Volksblatt meldet, unter dem Vorsitz des Ministerialrats Dr. Michel vom Ministerium des Innern eine Sitzung der Bezirksräte aus den vier Oberamtsbezirken Freudenstadt, Horb, Oberndorf und Sulz statt. Es wurde über die Ausnützung der Wasserkraft des Maltbachs beraten. Im Hinblick auf die Kohlennot, die noch jahrelang dauern könne, wurde beschlossen, die Vorarbeiten für die Verwirklichung des Projekts in Angriff zu nehmen. Die abgeordneten technischen Gutachten haben sich für die Ausführbarkeit durchweg günstig ausgesprochen.

**Herrenberg, 26. Okt.** (Milchpantöcher.) Vor einigen Tagen hatte das hiesige Schlächtereigenschaft nicht weniger als 3 Milchpantöcherfälle zu behandeln. Der Milchhändler Koppel in Rupp erhielt wegen fortgesetzten Abrahmens seiner nach Stuttgart geliefertsten Sammelmilch eine Woche Gefängnis und 150 M. Geldstrafe. Außerdem hat er die nicht unbeträchtlichen Kosten zu bezahlen; auf einmalige Veröffentlichung des Urteils im Gäuboten wurde ebenfalls erkannt. Vier weitere Angeklagte wurden wegen Wässern und Abrahmung der Milch zu Geldstrafen von 10 bis 150 Mark und zu den Kosten verurteilt.

**Tübingen, 26. Okt.** (Das Geständnis des Mörder.) Die Beweise, daß der Landjäger Jäger ermordet wurde, sind so erdrückend geworden, daß einer der Verhafteten, der Bauer und Metzger Adolf Kiderer von Bodelshausen sich gezwungen sah, ein Geständnis abzulegen. Er hat den Landjäger in seiner Scheuer getötet und die Leiche in der Nacht im Walde verstreut.

**St. 24. Okt.** (Elektrizitätsversorgung.) Vor einigen Tagen verhandelte ein Vertreter des Gem. Verbandes Elektrizitätswerk Teinach auf dem hies. Rathaus mit den Grundbesitzern des Geländes wegen Erstellung der Masten für die geplante Leitung im Anschluß an das Murgkraftwerk. Wie verlautet, will auch die hiesige Gemeinde Strom von dieser Leitung beziehen.

**Stuttgart, 25. Okt.** (Verhaftungen.) Eine Anzahl Kommunisten wurden laut „Sozialdemokrat“ heute morgen in Stuttgart verhaftet, darunter auch der Revolutionskriegsmilitär S. S. S.

**Stuttgart, 27. Okt.** (Die Verhaftung der Kommunisten.) Wie der „Sozialdemokrat“ schreibt, wurden außer dem Genossen Schreiner noch viele andere Genossen verhaftet, darunter Walcher, Schnepf, Säßkind und Verta Tolheimer, außerdem hat eine größere Anzahl Hausdurchsuchungen stattgefunden. Die Abgeordnete Käthe Jellin hat eine kleine Anfrage an die Minister der Justiz und des Innern gerichtet. Sie lautet: „Ob den Herren Ministern bekannt, 1. daß gestern eine Anzahl meiner Parteigenossen in Schutz- oder Untersuchungshaft genommen worden sind, offenbar infolge eines Irrtums der verantwortlichen Behörden; 2. daß die Verhafteten nicht in Stuttgart verhaften sind, sondern nach einem unbekanntem Ort verbracht wurden; 3. daß den Angehörigen die Auskunft über den Aufenthaltsort verweigert worden ist, wie die Auskunft darüber, welche strafbaren Handlungen diesen zur Last gelegt; und von welchem Gericht die Untersuchung geführt wird.“

**Stuttgart, 27. Okt.** (Landesversammlung der U. S. P.) Die Unabhängigen Sozialdemokraten Württembergs hielten am Samstag und Sonntag hier eine außerordentliche Landesversammlung ab. Aus Berlin war dazu die Genossin J. J. erschienen. Der Abg. Engelhardt erstattete den Bericht der Landeskommission, nach dem die Zahl der Ortsvereine seit November v. J. von 80 auf 133 gestiegen ist. Die Mitgliederzahl beträgt etwa 14.500.

**Stuttgart, 27. Okt.** (Ludwigsburg, 27. Okt. (Messe.) Bei einem Wortwechsel, den der Stationsvorstand Budwald mit Fahrgästen, die die Bahn regelmäßig benutzen und sich der Verkehrsordnung nicht fügen wollten, hatte, wurde er kurzerhand in den Unterleib geschossen. Schwerverletzt mußte er ins Bezirkskrankenhaus Ludwigsburg gebracht werden.

**Stuttgart, 27. Okt.** (Selbsthilfe.) Der Verband Württ. Industrieller, die industriellen Kohlenkonsumvereine und die im Württ. Industriekohlenverein B. m. B. P. Stuttgart vereinigten Städte haben sich Zweckbestimmter Versorgung mit Brennstoffen zusammengeschlossen. Der Württ. Industriekohlenverein hat auf mehrere Jahre hinaus ein ausgedehntes aufgeschlossenes Braunkohlenlager im Württemberg gepachtet.

**Stuttgart, 27. Okt.** (Vertretung der Bürgerpartei.) Am 25. und 26. Oktober hielt die württembergische Bürgerpartei hier einen Vertretertag ab auf dem vor allem Organisationsfragen, sowie die Festlegung der Richtlinien der Partei zur Behandlung standen. Die Partei will im Sinne des nationalen, sozialen und christlichen Programms arbeiten. In einer öffentlichen Versammlung im Festsaal der Lieberhalle sprachen der Landesvorsitzende Dr. Weiswänger über allgemeine politische Fragen, der Abgeordnete der Nationalversammlung v. Kraut über die Politik der Deutsch-Nationalen im Reichstag und der Fraktionsvorsitzende Abg. B. J. über die Politik der Partei in der Landesversammlung. Die von warmer Vaterlandsliebe getragenen Referate fanden in der zahlreich besuchten Versammlung starken Beifall.

**Stuttgart, 27. Okt.** (Betriebsjahr der Straßenbahn.) Der Straßenbahnbetrieb wurde von gestern an für einige Tage weiter eingeschränkt. Heute ruhte der Betrieb auf nicht weniger als 7 Linien vollständig.

Die Straßenbahn wird am Dienstag und Mittwoch den ganzen Vormittag eingestellt, nachmittags wird der Betrieb auf die Hälfte eingeschränkt.

**Stuttgart, 27. Okt.** (Gut abgelassen.) Einem Landwirt in Mingenstein wurde in der Nacht ein Sandgranate unter sein Anwesen geschossen, um es in die Luft zu sprengen. Die Granate ist aber ein großes Loch in die Mauer und richtete an dem Gebäude und in der Nachbarschaft einigen Schaden an. Die Bewohner kamen mit dem Schrecken davon.

**Stuttgart, 27. Okt.** (Beschlagnahme.) In der Nacht wurden drei Fuhrwerke mit 120 Zentner Erbsen beschlagnahmt, die nach Regensburg verschifft werden sollten, angehalten.

**Oberndorf, 27. Okt.** (Autolinie.) Die Einrichtung der Kraftwagenlinie Oberndorf-Alpirsbach ist nunmehr gesichert, da sie vom Staat übernommen wurde.

**Stuttgart, 27. Okt.** (Schadenfeuer.) In der Nacht auf Sonntag ist in den Fabriksgebäuden Daniel Groß Söhne ein Brand ausgebrochen. Das Feuer konnte auf seinen Herd beschränkt werden. Der Schaden ist bedeutend. Als Ursache dürfte Selbstentzündung der pulverisierten Kräuter infolge Warmlaufens der Mahlmühle in Betracht kommen.

#### Evang. Landeskircherversammlung.

**Stuttgart, 24. Okt.** In der gestrigen 5. Sitzung wurde die Beratung über die Stellung der ev. Kirche zur Neuordnung des Schulwesens weiter geführt. Zu Grunde lagen die Leitsätze der Kirchenleitung, sowie eine Reihe von Zusatz- und Änderungsanträgen des Schulausschusses, die der Berichterstatter Abg. W. J. Tübingen erläuterte. Er hebt besonders hervor, daß die Ausschlußverhandlungen von einem Geist herzlichen Vertrauens zwischen Pfarrern und Lehrern getragen gewesen seien. Im gleichen Sinn der Verständigung sprechen die Abg. W. J. Tübingen, C. und D. v. C. Tübingen. Von den Leitätzen gibt Satz 3b, der die Erhaltung der konfessionellen Schule in geschlossenen ev. Gemeinden, in Diaspora- und ähnlichen Minderheitsgemeinden und auch in den größeren Städten wenigstens als eine Schulart neben anderen verlangt, zu lebhaften Erörterungen Anlaß. Abg. C. J. Tübingen weist darauf hin, daß von der württ. Lehrerschaft nur ein verhältnismäßig kleiner Teil die religionslose Schule haben will. Die Simultanschule hat mehr Anhänger, doch stehen die Mitglieder des Vereins ev. Lehrer und auch viele vom Württ. Lehrerverein auf dem Boden der Konfessionsschule. — Abg. G. J. Tübingen: Die Konfessionsschule ist die wahre geistige Heimat für ev. Lehrer und Schüler. — Abg. K. J. Tübingen zeigt an einem Schulbeispiel, wie man in der Konfessionsschule in allen Fächern sittlich-religiöse Bildungsarbeit getrieben werden könne. — Abg. Hoffmann fordert die Konfessionsschule für die Diaspora. — Präf. D. v. Zeller erklärt, soweit ihm bekannt, seien die Staatsbeiträge für die Konfessionsschulen nicht in Frage gestellt.

Schließlich werden die Leitätze 1-3 mit den vom Ausschuss beantragten Änderungen, 3b in einer vom Abg. Weismann und Gen. beantragten bestimmteren Fassung, angenommen. Einstimmige Annahme fand eine vom Ausschuss beantragte Entschließung, in der die württ. Regierung gebeten wird, dahin zu wirken, daß Art. 146 Abs. 2 Satz 2 der Reichsverfassung so ausgelegt werde, daß das Recht der Erziehungsberechtigten nicht zu Gunsten einer bestimmten Schulart eingeschränkt wird. Ebenso ein Antrag auf das ev. Volk.

Nach Annahme von Leitatz 4 und 5 erläutert der Berichterstatter die Ausschlußanträge zu Leitatz 6-8. Er spricht namens des Ausschusses den Lehrern warmen Dank aus für ihre in der religiösen Jugendunterweisung geleistete treue Arbeit. Abg. Traub, Blank und Rosbich treten nochmals für Übernahme des gesamten Religionsunterrichts durch die Kirche ein, während der Vertreter des Synodus Dr. Schoelk erklärt: „Die Vertiefung des Religionsunterrichts bedeuete die Verweltlichung der Schule“; jetzt gelte es mit der staatlichen Verwaltung eine Verständigung zu suchen.

Nächste Sitzung: Freitag vorm. 9 Uhr.  
In der heutigen 6. Sitzung wurde die Beratung über die Schulfrage zu Ende geführt. Ein Antrag Traub auf Übernahme des gesamten Religionsunterrichts durch die Kirche wird mit 60 gegen 19 Stimmen abgelehnt. In der Erörterung über die Aufschlagsfrage handelte es sich um zwei Fragen: Soll ein Vorschlagsrecht der Oberkirchenbehörde für die zu stellenden staatlichen Aufsichtsperonen beansprucht werden? und soll ausgesprochen werden, daß zu diesem Amt

in erster Linie die staatlichen Bezirksschulaufsichter heranzuziehen sind? Beide Fragen werden bejaht. Auch sprach die Versammlung den Wunsch aus, daß die Ortsgeistlichen in tunsüchtiger Weise von der Stellung eines geschäftsführenden Vorsitzenden des Ortsschulrats entbunden werden möchten. — Zur Organisationsfrage wird die Erörterung ausgesprochen, daß nach wie vor eine große Anzahl von Lehrern sich für den Organisationsdienst zur Verfügung stellen und in den staatlichen Lehrerbildungsanstalten die Pflege der Kirchenmusik auch in Zukunft Stätte finden werde; doch wird auch die Heranbildung eigener Musikanten in Aussicht genommen und dafür staatliche Beiträge gewünscht.

#### Vermischtes.

**Gedanken und Erinnerungen.** Der Cotta'sche Verlag in Stuttgart erklärt in der „Tägl. Rundschau“, daß die bevorstehende Veröffentlichung des dritten Bandes der „Gedanken und Erinnerungen“ nicht auf einem Vertragsbruch beruhe, sondern auf einer vertraglichen Vereinbarung mit den Erben Bismarcks.

**Gegen die Schülerfreizeits.** Der preussische Kultusminister Hantisch hat verfügt, daß künftig Schüler, die den Schulbetrieb durch Streiks stören, von allen preussischen Unterrichtsanstalten ausgeschlossen sind.

**Eine neue Hebammenordnung** wird demnächst in Preußen eingeführt werden.

**Großer Diebstahl.** Der Händler Ludwig Ehrlich von Billingen weckte mit seinem Wohnwagen auf dem Lager Lechfeld. In seinem Wagen hatte er eine große Summe Geldes. Der Knecht Felix aus Knittelfeld stahl nun aus diesem Wagen 60.740 Mark.

**Minengefahr.** Der schwedische Dampfer „Hollandia“ ist bei der Doggerbank auf eine Mine gelaufen und gesunken. Von 24 Mann wurden 4 gerettet. Zwischen dem Haags-Leuchtschiff und der Abmündung wurden weitere treibende Minen gesichtet.

**Die Frankenswährung** soll nach Wiener Blättern in Oesterreich statt der Kronenswährung eingeführt werden, Oesterreich würde sich also dem sogenannten lateinischen Münzbund, dem die romanischen Länder angehören, anschließen.

**Nachregelung widerrechtlicher Geistlicher.** Die „Associated Press“ meldet, der Prager Erzbischof habe 50 Priester exkommuniziert, die sich verheirateten und trotz des Verbots ihr geistliches Amt weiter führten. Die Bevölkerung von 140 Dörfern unterläge die Aufhebung des Bistums in der Tscheco-Slowakei durch Vorbereitung einer Petition an den Papst.

**Erdbeben.** Die italienischen Provinzen Umbrien und Toskana wurden Samstag nachts durch ein neues Erdbeben in Aufregung versetzt, das aber lediglich Gebäudeschaden verursachte. Besonders heftig waren die Stöße in Gitta di Castello, Torent und Perugia, wo die Bevölkerung, von Panik ergriffen, die Häuser verließ und den Tod auf öffentlichen Plätzen erwartete.

**Dem Abg. Gasse** wurde am Montag der letzte Fuß abgenommen.

**Der Kaiserfilm.** Das Gericht hat die Einziehung des sogenannten Kaiserfilms entsprechend dem Antrag des Vertreters des Kaisers wegen Verletzung der Rechte des Kaisers an seinem Bild verfügt. Bonn hat den Film aber schon im Ausland verpachten lassen.

#### Legte Nachrichten.

**W. B. Berlin, 27. Okt.** Die englische Regierung hat durch ihre Waffensubkommissionen mitteilen lassen, daß die Griminalsachen der in der ersten Gewalt der deutschen Kriegesgefangenen in nächster Zeit restlos durchgeführt wird. Vor allem wird, dem Wunsch der deutschen Regierung entsprechend, die Entlassung der in den Abhängigkeit durch Lehmaniten mit größtmöglicher Beschleunigung betrieben.

**W. B. Luxemburg, 28. Okt.** (Gavos Reuter.) Wie das „Welt“ meldet, wird die Hochzeit der Großherzogin Charlotte mit dem Prinzen Felix von Bourbon Parma in London am 6. November stattfinden.

**Berlin, 28. Okt.** Dem „Berl. Lokalanzeiger“ zufolge sind am 25. Okt. polnische Truppen in Thorn eingedrungen. Thorn wird der Sitz der Kommandantur, die den Namen „Pomerellen“ erhält.

**W. B. Berlin, 28. Okt.** Das internationale Rote Kreuz in Genf teilt lt. Berl. Tageblatt mit, daß der Abtransport der deutschen Kriegsgefangenen aus Frankreich zwischen dem 27. Okt. und 2. November begonnen wird.

**W. B. Berlin, 28. Okt.** Die Straßburger Handelskammer wurden laut Berliner Tageblatt aufgefordert, bis zum 15. November sämtliche deutschen Angelegenheiten zu entschlüsseln.

**W. B. Berlin, 28. Okt.** Dem „Berliner Lokalanzeiger“ zufolge wird aus Braunsberg berichtet, daß auf dem Gaslager Reich bei Pilsenerlager am 24. Okt. große Vorräte an Gasgranaten und Munition in Brand geraten und explodiert sind. Die in Frage stehenden Vorräte sollten demnächst an die Fronte abgeliefert werden. Die Explosion war von drastischer Heftigkeit, daß in dem benachbarten Ortschaften die Fensterböden gesprungen und die Türen herbeigerissen worden sind.

#### Mutmaßliches Wetter.

Unter dem Einfluß einer Störung im Westen ist am Mittwoch und Donnerstag Fortsetzung des mäßig kalten, vielfach bedeckten und auch zu Niederschlägen geneigten Wetters zu erwarten.

Druck und Verlag der W. Rieder'schen Buchdruckerei, Altkönigsstr. 10 für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Paul.

Altensteig-Stadt.

## Abgabe von Margarine

im Schlachthaus am **Mittwoch, den 29. ds. Mts.** gegen Einfuhrzusatze A der Fleischkarte in nachstehender Buchstabenfolge:

A bis G von 1 bis 5 Uhr  
H " 2 " 3 " 5 "  
K " 3 " 5 " 7 "

Auf den Kopf entfallen 200 Gr. Preis 3 Mk. 50 Pfg. pro Pfund.

Den 28. Oktober 1919.

Stadtschultheißenamt.

Gemeinde Nischelberg.



## Nadelstammholz-Verkauf.

im schriftlichen Aufstreich aus Gemeindewald bei Nischelberg u. Weithern

### Langholz:

|          |             |                 |
|----------|-------------|-----------------|
| Klasse I | 8 Stück mit | 17,89 Festmeter |
| II       | 21 " "      | 35,54 "         |
| III      | 40 " "      | 45,34 "         |
| IV       | 32 " "      | 20,83 "         |
| V        | 58 " "      | 25,53 "         |
| VI       | 15 " "      | 3,54 "          |

### Sägholz:

|          |             |                |
|----------|-------------|----------------|
| Klasse I | 6 Stück mit | 8,47 Festmeter |
| II       | 15 " "      | 14,85 "        |
| III      | 16 " "      | 5,99 "         |

Bedingungslose Angebote, in ganzen Prozenten der Lospreise 1919, sind schriftlich und verschlossen mit der Aufschrift „**Gebot auf Stammholz**“ bis spätestens

**Samstag, den 1. November 1919, vormittags 11 Uhr** beim Schultheißenamt einzureichen.

Den 21. Oktober 1919.

Schultheißenamt Frey.

## Bekanntmachung.

Meiner werthen Rundschaft von Altensteig zur Kenntnis, daß ich in nächster Zeit mit meiner

### Brennholz-Sägmachine

einige Tage hier arbeite.

Da ich wieder auswärts gehe, bitte ich, Bestellungen rechtzeitig machen zu wollen. Hochachtungsvoll

Aug. Schaal, Altensteig.

## Versuchen Sie es

und Sie werden finden, daß die Anzeige in der Zeitung die wirksamste und lohnendste Reklame ist.

Wildbad.

## Versteigerung.

Wegen Verkauf des Anwesens kommen am

**Donnerstag, 30. Okt., vorm. von 9<sup>1/2</sup> Uhr an** im Hause **Fuchs** in der Nähe des Bahnhofs in Wildbad folgende Gegenstände zur Versteigerung:

9 vollständige Betten zum Teil mit Koffhaarmatratzen, 2 Sofa, 2 Waschkommode mit Marmorplatten, 2 Waschtische, 1 Kasten, 8 Tische, 8 Bettvorlagen, 2 Kommode, 2 Fauteuil, versch. Polsterfessel und -Stühle, Treppenläufer, mehrere Stücke Linoleum, Spiegel, Bilder, Porzellan, Waschgarnituren, Bestecke, 1 Waschmange mit Eisengestell, 1 Handkarren, 1 Waschkuber, 1 größere Partie Bettwäsche, Vorhänge mit Galerien und sonstige Haushaltungsgegenstände.



Forstamt Pfalzgrafenweiler.

## Nadel-Reis-Verkauf.

Am **Donnerstag, den 30. Okt.**, vorm. 11 Uhr im Schwann in Pfalzgrafenweiler aus Staatswald 134 Eschenrain u. 26 Nord. Leinengrube: 6 Flächenlose Nadelreis teilweise zu Deckreis geeignet.

## Abhanden gekommen

sind oberhalb der Hartweiler Brücke

### 2 Ketten

an einem Aufzugwegr.

Falls dieselben von dem bekannten Täter nicht nächster Tage an Ort und Stelle gebracht sind, folgt gerichtliche Verfolgung.

Ein



## Most-Faß

223 Liter haltend, hat zu verkaufen. Wer? — laut die Red. ds. Bl.

## Droginal-Bonbons

Schützen vor Husten, Heiserkeit, Erkältung der Atmungsorgane zu haben

## Schwarzwald-Drogerie

## + Altensteig +

— Telefon 41 —

Einen Warf starke, schöne



## Milchschweine

verkauft billig, auch nehme ich Bestellungen auf starke hannoveraner Läufer-schweine entgegen.

Merkle, Nagold.

Wir kaufen waggonweise:

## Brennholz Stockholz Papierholz

Ausführl. Angebote m. Preis an **H. G. Mertens & Co.** Ludwigsburg, Tel. 628.

## Bettmöbelen

Befreiung sofort.

Alter und Geschlecht angeben. Auskunft umsonst **Wiltbergern Co. Stuttgart K. 73**

Gestorbene: Nagold: Gottlob Wiedmaier, Privatier, gem. Wehger, 76 J.

Ernst Moßer

Anna Moßer

geb. Dietsch

Vermählte

Altensteig, 28. Oktober 1919.

Christine Blaich  
Friedrich Schaible

Verlobte

Völmlesmühle  
Beuren

Simmersfeld

Oktober 1919.

Pfalzgrafenweiler-Edelweiler.

## Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am

**Donnerstag, den 30. Oktober 1919** im **Saithaus zur Traube** in Pfalzgrafenweiler stattfindenden Hochzeitsfeier freundlichst einzuladen.

Friedrich Braun

Sohn des G. Braun, Glasler und seine Braut

Marie Gaiser

Tochter des Chr. Gaiser, z. Adler.

Kirchgang am 12 Uhr.

## = Tüchtige Möbelschreiner =

finden dauernde und gutbezahlte Stellung, **Stundenlohn 2.30 bis 2.40 Mark**, bei

Wilh. Walz, Birkenfeld.

Altensteig.

Eine schöne Auswahl extra stark gebaute



## Hand-Leiterwagen und Kinderleiterwagen

hält zu billigsten Preisen bestens empfohlen

**E. W. Luz Nachfolger**

Frei Böhler jr.